

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo. allsch 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Dort der Arbeiter, Angestellten und Beamten. A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fris Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adolfsstraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Das verpuffte Arbeitsbeschaffungsprogramm

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns legt jochen dem Reichstag eine Denkschrift über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung vor. Die Denkschrift geht von der Schilderung der Arbeitsmarktkrise 1925/26 aus und gibt dann eine Darstellung der Beratungen und Maßnahmen der Reichsregierung und des 8. (volkswirtschaftlichen) Ausschusses. Die Arbeiten dieses Ausschusses werden besonders gewürdigt. Es wird hervorgehoben, daß er sich unter dem Vorsitz des verstorbenen Abgeordneten Robert Dikmann in zahlreichen Verhandlungen und Sitzungen bemüht habe, Mittel und Wege zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit zu weilen. Das von diesem Ausschuss gezeichnete Arbeitsprogramm umfaßte 8 Punkte: Straßenbau, Kultivierung von Ödlandflächen, Moorgebieten und andern unfruchtbaren Boden, Schiffbau, Herstellung deutscher Flüsse, Fluß- und Bachregulierungen, Stauanlagen, Schuttdämme usw., Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften, Wohnungsbau und Elektrifizierung der Eisenbahnen. Während dieses Programm am 28. Juni 1926 einstimmig vom Reichstag verabschiedet wurde, schuf die Regierung jene Grundzüge, die unter dem Namen Arbeitsbeschaffungsprogramm bekannt geworden sind. Dieses Programm umfaßte Bauten bei Reichsbahn und Reichspost, Bau von Wasserstraßen, Wohnungsbau, Bau von Landarbeiterwohnungen und öffentliche Notstandsarbeiten, wie Straßenbau, Siedlung und ähnliches. Nach dem die Denkschrift einen Überblick über die Durchführung dieses Programms gegeben hat, schildert sie seine Finanzierung und kommt dann im letzten Abschnitt zur Beurteilung der Wirkung auf den Arbeitsmarkt.

Programme hin, Programme her! Schließlich sind alle Programme doch nichts als Worte. Zu einer greifbaren Beurteilung kann man einzig und allein aus den tatsächlichen Verhältnissen heraus kommen. Die an diese Programme geknüpften Hoffnungen waren nicht gering. Man rechnete ernstlich mit der Möglichkeit, neben der durch Steuererläß und ähnlichen Maßnahmen zu erwartenden allgemeinen Aufbesserung der Wirtschaft wenigstens bis 600 000 Erwerbslose zu beschäftigen. Diese Wirkung ist nicht annähernd erreicht.

Die Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) ist zwar vom 1. Juli 1926 bis 1. November von 1 740 754 auf 1 308 293 zurückgegangen. Auch die Zahl der Erwerbslosen fiel nach den Feststellungen der Gewerkschaften in derselben Zeit mit der gleichen Beständigkeit, nämlich von 17,2 vH der Mitglieder auf 8,3 vH.

Diese günstige Entwicklung ist jedoch nur ein scheinbarer Erfolg der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das sieht wohl auch das Reichsarbeitsministerium selbst. Denn es heißt in seiner Denkschrift: „Dieser Rückgang ist selbstverständlich nicht allein und nicht einmal überwiegend auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzuführen; vielmehr hat eine Reihe verschiedener Ursachen dabei mitgewirkt. Ein wesentlicher Anteil an dieser Entwicklung entfällt auf die Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks, der eine starke Besserung des Beschäftigungsgrades im deutschen Bergbau zur Folge hatte.“ Es ist auch sicherlich zu richtig gemalt, wenn in der Denkschrift gesagt wird, „daß vielleicht schon von einem leichten Wiederanstieg der Konjunktur gesprochen werden kann.“ Im Gegenteil redet die Entwicklung des Arbeitsmarktes über den 1. November 1926 hinaus eine erschreckende Sprache. Das Reichsarbeitsblatt meldet eine katastrophale neue Steigerung der Erwerbslosenzahl. Am 1. Januar 1927 haben wir mit 1 745 559 Hauptunterstützungsempfängern die Zahl vom 1. Juli wieder überschritten. Die sprunghafte Steigerung um 400 000 etwa als Saisonerscheinung erklären zu wollen, wäre weit verfehlt und übertrieben. Diese offensichtliche krisenhafte Verschlechterung ist vielmehr besonders nach Abschluß des Bergarbeiterstreiks in England sehr ernst zu nehmen.

Die erwartete dauernde Besserung des Arbeitsmarktes infolge des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist bei den Vollbeschäftigten also nicht eingetreten. Prüfen wir nun die Frage, ob die eingeleiteten Notstandsarbeiten ernstlich vermochten, das Schicksal der Erwerbslosen zu erleichtern. Die beste Grundlage dazu dürfte die Zahl der Notstandsarbeiter liefern. Ich gehe von der Anzahl der Notstandsarbeiter vor dem Zusammenbruch des Programms aus. Dabei ergibt sich die völlig unerwartete Tatsache, daß diese Zahl, aufstatt eine Steigerung zu erfahren, im strengen Falle n begriffen ist. Sie betrug

am 15. Mai 1926	170926 Notstandsarbeiter
• 15. Juli 1926	141426
• 15. September 1926	131260
• 15. November 1926	130246
• 15. Dezember 1926	124054

Also zu keinem Zeitpunkt sehen wir trotz der Maßnahmen der Regierung eine Vermehrung der Notstandsarbeiter. Im Gegenteil, die abfallende Kurve ist unerkennbar.

Eine andere wichtige Wirkung, die die Reichsregierung von ihren Maßnahmen erwartete, sollte die Behebung des Wechfels unter den Erwerbslosen sein. Wenn die Denkschrift angibt, daß diese ständige Bewegung unter den Erwerbslosen erreicht ist, so steht dieser Angabe doch die Tatsache gegenüber, daß jetzt wöchentlich 10 000 Erwerbslose in die Strafenfürsorge überführt werden und daß die Zahl der Ausgesteuerten seit dem 1. Oktober um 150 000 gestiegen ist.

Die tatsächlichen Ergebnisse sind demnach unbefriedigend. Nach der Denkschrift betragen die Gesamtaufwendungen des Reiches für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms 630 Millionen. Es ergibt sich daraus, daß reichlich 1/4 Milliarde der von der Reichsregierung vorgesehenen Mittel keine Ver-

wendung gefunden hat. Ist dieses Ergebnis allein darauf zurückzuführen, daß Länder und Gemeinden die zur Verfügung stehenden Mittel nicht angefordert haben — oder sind sie durch das enge Reg. behördlicher und instanzlicher Maschinen nicht hindurchzuleiten gewesen? Wie es auch sei, diese Dinge sind zu ernst, als daß dazu geschwiegen werden dürfte. Ressortstreitereien und Zuständigkeitskämpfe müssen verschwinden. Es kann auch nicht angehen, daß die Reichsbahn Darlehen und billige Kredite vom Reich nimmt, wenn sie auf der anderen Seite einen Betrag von über 1/2 Milliarde Überschuß in die Kasse der Privatbanken fließen läßt, um von da aus zur Finanzierung umfangreicher Spekulationsgeschäfte benutzt zu werden.

Die Denkschrift schließt mit den Worten: „Es muß auch damit gerechnet werden, daß die Zahl der Erwerbslosen bis Ende Januar noch weiter ansteigt. Es kann jedoch erwartet werden, daß der Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms, der noch in der Ausführung begriffen ist oder dessen Ausführung erst bevorsteht, mit dazu beitragen wird, auch diesen Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt zu mildern.“

Aus den Tatsachen heraus muß die Arbeiterklasse immer wieder darauf hinweisen, daß eine wirkliche Besserung des Arbeitsmarktes nicht von einmaligen, kurzfristigen Maßnahmen innerhalb der nationalen Wirtschaft erwartet werden kann. Dazu sind vielmehr tiefgreifende Änderungen wirtschaftspolitischer und sozialer Art erforderlich, die in den Gesamtmaßnahmen europäischer Politik und Wirtschaftsentwicklung eingepaßt werden müssen.

Rationalisierung — und was weiter?

In den letzten Jahren haben sich unsere Wirtschafts- und Industrieleiter oft und lange in den Vereinigten Staaten von Amerika aufgehalten und haben Arbeitsleistung, Vandalarbeit, Raffine und vieles andere, womit drüben viel verdient wird, durchaus studiert mit heißem Bemühen. Was mit den Augen zu sehen und mit den Ohren zu hören war, haben sie in Büchern niedergelegt, haben uns auch von dem Sportgeist erzählt, der drüben die Arbeit befeuert.

Dann gingen sie daran, die gesammelten Erfahrungen „auf deutsche Verhältnisse zu übertragen“. Das war nun recht aussichtsreich, um so mehr, als man ja im eigenen Lande so sehr viel billige Arbeitskräfte hat; man durfte sich also der Hoffnung hingeben, mit Einführung der neuen Arbeitsmethoden die Herstellungskosten ganz wesentlich herabsetzen zu können. Vorhandene Maschinen wurden umgestellt, einige neue hinzugekauft, es wurden Transportbänder auf- und Arbeiter abgebaut; die Fließarbeit wurde eingeführt, Betriebe wurden stillgelegt, andere von Grund aus rationalisiert. Alles ging nach Wunsch, die Selbstkosten sanken in recht erfreulicher Weise.

Mit einigen unsicheren Kantonslisten, die das Spiel zu verderben drohten, wurde man bald fertig; war doch da ein Betrieb, der ein anerkannt gutes Motorrad so rationell herstellte, daß es mit gutem Gewinn für weniger als 1000 M. verkauft werden sollte. Das hörten die lieben Verbandsverwandten und erhoben Einspruch mit solchem Erfolge, daß das Rad mit einigen Zutaten von weniger als 100 M. zu fast 1400 M. auf den Markt kam. Das Laufband, auf dem das Radmodell entstand, läuft heute nicht mehr, und die daran arbeiteten, beziehen heute vielleicht Erwerbslosenunterstützung. In einer großen Halle stehen einige Tausend dieser Räder und horren der Käufer, die 1400 M. für Erwerb oder Erholung übrig haben. Und frist die Räder nicht der Kost, so treffen sie doch Zinsen. Aber das tut nichts — der Mehrverdienst deckt den Zinsverlust und „man“ erleidet keinen Schaden, auch wenn tausend Maschinen als veraltete Modelle später einmal verschleudert oder auf den Schrotthaufen geworfen werden müssen.

Ja, es ist nicht so einfach, zu „amerikanisieren“, und viel wird nicht damit erreicht, wenn man es nur halb tun will. Den Unternehmern dort drüben kann man Gefühlsduselei wohl kaum nachsagen, sicher aber einen klaren Blick für wirtschaftliche Angelegenheiten. Sie zahlen hohe Löhne sicher nicht um der schönen Augen ihrer Arbeiter willen, sondern sie haben erkannt, daß billige Arbeitskräfte schwache Verbraucher sind, von denen kein großer Umsatz zu erwarten ist. Und der Sportgeist, der dort die Arbeitsfreudigkeit befeuert, findet seine nüchterne Erklärung darin, daß erhöhte Arbeitsleistung auch erhöhten Lohn bringt. Es ist kennzeichnend für das amerikanische Wirtschaftsleben, daß die von der Gesamtheit aufgewendete Arbeitsleistung in weit höherem Maße als bei uns der Gesamtheit wieder zugute kommt.

Es wäre sinnlos, wollte man die Anwendung wirtschaftlicher Arbeitsweisen hintertreiben, ebenso erfolglos ist es aber, zu versuchen, den Mehrerwerb nur in eine Tasche fließen lassen zu wollen. Man wird bei uns noch erkennen müssen, daß unser Wirtschaftsleben gerade von dem Kleinverbrauch der großen Menge lebt: erst wenn 3000 Käse im Jahr mehr gelöst werden als jetzt, kann ein Werkstoff in Betrieb genommen werden, und erst, wenn täglich 1000 Leute mehr 1 M. für Unterhaltung ausgeben können, kann ein großes Lichtspielhaus unterhalten werden. Schlecht bezahlte Arbeitskräfte und Erwerbslose sind aber schwache Stützen einer Wirtschaft.

Soweit also die Rationalisierung bei uns durchgeführt ist, hat sie in den meisten Fällen ihren Zweck noch nicht erreicht; in vielen anderen Gewerben hat sie wiederum noch kaum Eingang gefunden, so in der Landwirtschaft. Unsere Spiel zum Beispiel sind unanfechtlich und häufig wurtmässig; kann man es da dem Verbraucher verbieten, wenn er bei gleichem Preis ausländische vorzieht?

Eine gesunde Rationalisierung ist nun geeignet, nicht nur unsere Lebenshaltung zu erhöhen, sondern auch die Lohnsteigerungen zu mildern, an denen außer einigen Wenigen niemand einen Vorteil hat. Eine gesunde Wirtschaftlichkeitssteigerung hat mit ihrer Vermehrung der Erzeugnisse auch die ausgleichende Eigenschaft, daß, wenigstens nicht auf die Dauer, nicht die eine Seite reich bereichern kann, während die andere dabei leer ausgeht. Hg.

Ford in Deutschland

Der amerikanische Automobilkönig hat bei Berlin eine Fabrik errichtet. Aber diesen Betrieb laufen seit Wochen Berichte durch die deutsche Presse, nach denen man annehmen muß, daß zwischen dem in seinen Büchern geschriebenen Wort Fords und dem in seinem Berliner Werk geübten Laten ein klaffender Widerspruch besteht. Daß ein solcher Widerspruch tatsächlich vorhanden ist, bezugt der folgende Aufsatz, der uns von einem bei Ford in Berlin beschäftigten Kollegen zugeht. Bis zum Beweis des Gegenteils wollen wir annehmen, daß für die hier berichteten Verhältnisse weniger Ford selbst als seine Berliner Beamten verantwortlich zu machen sind, die das, was ihnen vom Gedankengut ihres Herrn abgeht, durch den Geist der deutschen Profitgenossen ausgleichen wollen. Schriftleitung.

Seit dem Frühjahr 1926 besteht in Berlin-Westhofen ein Betrieb der Ford Motor Company. Die Arbeitszeit betrug bis zum Herbst 1926 allgemein 48 Stunden die Woche oder 8 Stunden den Tag. In der Zeit des Betriebsaufbaues wurden allerdings Überstunden in nicht geringer Zahl, auch Sonntagsarbeit geleistet, so daß es zu Wochenleistungen von 64 bis 90 Stunden kam. Als die Zeitungen die Nachricht brachten, daß in den Fordwerken in Detroit die fünfjährige Arbeitswoche bei Bezahlung von sechs Tagen eingeführt worden sei, wurde auch in Berlin vierzehn Tage später die kürzere Arbeitszeit bei Bezahlung der geleisteten Arbeitszeit eingeführt. Nach einigen Wochen ging die Ford Motor Company dazu über, nur noch vier Tage, von Montag bis Donnerstag arbeiten zu lassen, um in den beiden letzten Wochen vor Weihnachten die Arbeitszeit wieder auf fünf Tage zu erhöhen. Am 17. Dezember 1926 wurde die Erzeugung stillgelegt, am 10. Januar 1927 aber wieder aufgenommen. Die Arbeitszeit darf nach den neuesten Anordnungen für alle Arbeiter nur 40 Stunden die Woche betragen.

Der Einstellungslohn beträgt für jeden Arbeiter 13 M. dem Tag; nach Ablauf von zwei Monaten bekommt jeder Arbeiter 15 M. Trotz der Steigerung der Erzeugung vom Juni bis Oktober 1926 um mehr als 100 vH ist eine Erhöhung der Löhne nicht eingetreten. Gerüchweise verlautet jetzt, daß Leistungszulagen gewährt werden sollen, die sich nur in Güstlingszulagen auswirken können, weil ja das Arbeitstempo durch das Laufband bestimmt wird und die Arbeiter, die nicht entsprechende Arbeit leisten, ohnehin ausgewechselt oder entlassen werden.

In den Nebenabteilen, die die Teilmontage darstellen, wird manchmal eine Produktionszahl als Norm angegeben, die ans märchenhafte grenzt. Die Vorarbeiter aber behaupten, solche Normen seien in Kopenhagen und Barcelona oder in sonst einem Fordbetrieb gang und gäbe. Die Möglichkeit einer Nachprüfung besteht nicht, so daß ganz bequem eine Belegschaft gegen die andere ausgespielt werden kann. Die Berliner Belegschaft ist verschiedentlich abgebaut worden. Die Höchstbelegschaft betrug 250 bis 260 Mann, während sie jetzt 160 bis 170 Mann beträgt. Die Produktion ist jedoch nicht in gleichem Umfange zurückgegangen. Während bei der Höchstzahl je Tag 25 bis 26 Wagen zusammengejeht wurden, werden jetzt täglich 20 bis 22 Wagen hergestellt. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Arbeiterzahl für die zu leistende Arbeit an der Laufbahn nicht immer ausreichte und die Kollegen den Zustand in der Weise ausglich, daß sie vor Arbeitsbeginn, während der Pause und nach Arbeitschluß an der außer Betrieb gejehten Linie verschiedene Ver- richtungen, ohne Bezahlung natürlich, ausführten.

Eine Abstellung der Zustände ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich, weil der größte Teil der Belegschaft nicht den Willen dazu hat, da ja ein Taglohn von 15 M. im Zeichen der Wirtschaftskrise zu verlockend ist, zum Teil deshalb, weil die Belegschaft aus allen möglichen Berufen, aus Handwerkern, ungelerten Arbeitern, Kaufleuten, Jahntechnikern usw. zusammengesetzt ist, der es meist an Klassenbewußtsein mangelt. Ein Betriebsrat besteht ebenfalls nicht, der schließlich die größten Mängel abstellen könnte.

Die Angelegenheit der Betriebsratswahl ist ein besonderes Kapital, das jetzt besprochen werden soll. Vor einiger Zeit kamen die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen zu einer Versammlung zusammen. Es waren ungefähr 60 Kollegen von den 220 bis 230 anwesend. Ein Wahlvorstand von 3 Kollegen wurde gewählt, der am darauffolgenden Tage mit der Betriebsleitung in Verbindung trat, um die Durchführung der Betriebsratswahl vorzubereiten. Nachdem wir unser Anliegen unterbreitet und auf den § 1 des Betriebsratsgesetzes hingewiesen hatten, erklärte Direktor Heine, daß die Leitung der Fordwerke keinen Betriebsrat wünscht (!) und ohne ihn auszukommen hoffe. Abgesehen von der Errichtung eines Betriebsrates von dem Willen der Belegschaft abhängig, der in dem schwachen Besuch der Versammlung nicht zu erkennen wäre. Der Direktor Heine entwickelte im weiteren Verlaufe der Verhandlung das Programm des Unternehmens: daß die Ford Motor Company keiner Organisation angehöre, sie in sozialer, gesundheitlicher und kultureller Hinsicht das beste Unternehmen sei, der Arbeiter als Mitglied des Unternehmens betrachtet werde, daß die Ford Motor Company der Ansicht sei, man müsse dem Arbeiter soviel an Lohn zahlen, daß er seine Bedürfnisse befriedigen, seine Kinder erziehen, sich kleiden und ernähren könne, kurz, ihn von seinen kleinen leiblichen Sorgen zu befreien, um ihn nicht dadurch in seiner Arbeitsleistung zu behindern. Denn, so sagte Herr Heine, wir zahlen nicht 15 M. den Tag aus Liebe zu den Arbeitern, sondern deshalb, um keine volle Arbeitskraft zu erhalten. Direktor Heine betonte weiter, daß die Fordorganisation gerecht ist und jedem einzelnen Gerechtigkeit widerfahren lasse. Im übrigen verträge die Fordorganisation keine Einmischung von anderer Seite; das letzte Wort sprechen wir! war der Ausschluss seiner Ausführungen.

Die Bedenken der Arbeiterabordnung suchte der Direktor damit zu zerstreuen, daß er die Einführung einer Arbeits-

Die Wirtschaftskrise in Frankreich

Von Henry Labe,
Sekretär des französischen Metallarbeiter-Verbandes

Frankreich, das seit dem Kriegsende von der Wirtschaftskrise, die alle Industrieländer mit mehr oder weniger Schwere heimlich, verschont geblieben war, scheint nun auch seinerseits die schweren Zeiten durchkosten zu müssen, die die andern Länder durchzumachen und die so unheilvolle Folgen für die Arbeiterklasse im Gefolge hatten. Diese Wendung der Dinge ist schon lange von allen denen vorausgesehen worden, die auch nur einige Kenntnisse in wirtschaftlichen Dingen besitzen. Wenn auch alle, die da wußten, daß die Zeit unseres industriellen Aufschwungs der fortgesetzten Entwertung unserer Geldwährung zuzuschreiben war, so hat dieser Umschwung doch dem Teil der Öffentlichkeit, der mit den Grundgesetzen des Wirtschaftslebens nicht vertraut ist, in tiefe Verwirrung verfiel.

Im Hinblick auf die Gegenwirkung, die das fortgesetzte Steigen der fremden Währungen auf die Kosten der Lebenshaltung ausübte, bestand bei uns allgemein der Glaube, daß eine Festigung unserer Währung einen günstigen Einfluß auf die allgemeine Lage unseres Landes bewirken müsse. Die Erfahrungen der Länder mit hochwertiger Geldwährung hätten uns indessen zu weniger Optimismus verleiten dürfen. Wäre die öffentliche Meinung unterrichtet gewesen, so wäre es vielleicht nicht so leicht gewesen, das politische Geschehen so günstigen, das durch den beschleunigten Sturz unserer Valuta im Juli vorbereitet wurde. Wir meinen mit diesem Geschehen die Wiederaufrichtung des Bloc National unheimlichen Angedenkens. Als dieser kam, fiel das englische Pfund in einigen Tagen von 240 auf 150, und es wurde dann auf 122 sozusagen stabilisiert. Der Mann von der Straße erwartete, entsprechend der jetzt gern gebrauchten Formel, daß nun die Preise in dem Maße zurückgehen würden, wie sie beim Fallen der französischen Valuta hinaufgedrückt worden waren.

Die Preise aber gingen nicht zurück, wie die Bewegung des Lebenshaltungsindex beweist, der im letzten Vierteljahr von 1925 auf 471 stand, im letzten Vierteljahr von 1926 aber auf 647 stieg.

Wenn die Preise nicht zurückgingen und die Kosten für Lebenshaltung auf ihrer bisherigen Höhe bestehen blieben, so brachte der plötzliche Wiederaufstieg des Frankens ein allmähliches Nachlassen der industriellen Tätigkeit mit sich. Der Vorteil, der auf dem Unterschied zwischen unserm Inlandspreis und den Weltmarktpreisen beruhte und unserm Ausführhandel zugute kam, wurde immer mehr aufgehoben, und zwar in dem Maße, wie der Wert unseres Geldes wieder zunahm. Die Ausfuhrprämie, die im Jahre 1926 3,41 Fr. betrug, war im November nur noch 0,02 Fr.

Umfang der Arbeitslosigkeit

Als die Angleichung der französischen Industriepreise an die der Auslandsindustrie auf unserm Industriemarkt zur Auswirkung kam, standen wir am Jahresende, in einer Zeit, wo die Geschäfte ja sowieso eine Verminderung erfahren. Das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren rief dann die Krise hervor, und ich werde versuchen, ihre Bedeutung ohne Voreingenommenheit nachzuweisen.

Aus den Untersuchungen, die von den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter vorgenommen wurden, geht hervor, daß das Bauhandwerk, die öffentlichen Arbeiten, der Steinlohnbau, die Fischerei, die Eisenbahn, die Betriebe für chemische Erzeugnisse und der Buchdruckereien am wenigsten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dagegen ist die Lebensmittelbranche ziemlich stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Großhandel in Spezereiwaren erklärt das Fehlen von Bestellungen mit einem Verkaufsausfall von 50 vH. Trotz dieser Geschäftslage sind in diesem Zweig noch keine Entlassungen von Arbeitern erfolgt. Die Distrikfabriken sind hierbei am meisten betroffen. Bei den Steinbrucharbeitern wurden insofern starken Nachlassens von Bestellungen 60 vH entlassen. Die Betriebe für Häute- und Lederverarbeitung weisen eine sehr starke Arbeitslosigkeit auf. In Paris, Limoges, Nancy, Fontenay, Bordenay, Nantes, Romans, Lyon, Dijon übersteigt die Arbeitslosigkeit in den Schuhfabriken oft 50 vH der Belegschaft. In den weniger bedeutenden Orten arbeiten 30 vH der Belegschaft; die übrigen arbeiten nur 10 Stunden in der Woche.

In der Metallindustrie sind alle Branchen von der selben einseitigen Krise mehr oder weniger stark betroffen. Bis jetzt sind es die Schiffswerften, wo es noch am wenigsten Arbeitslose gibt. Doch weisen gewisse Anzeichen darauf hin, daß auch hier binnen kurzem die Tätigkeit sehr nachlassen kann. Zu den meist betroffenen Zweigen gehören zunächst die Gießerei und der Maschinenbau. Bei letzterem sind es die Automobilfabriken, die am meisten zu leiden haben. Da der Mittelpunkt der Automobilindustrie in der Umgebung von Paris liegt, so sind in dessen Umkreis die meisten arbeitslosen Metallarbeiter zu finden. Mit Bezug auf diese Gegend gelangt die Untersuchung der Unternehmer zu folgendem Schluß: „Die Fabrikationseinschränkung zeigt sich in der Beschränkung der Arbeitsstunden von 10 bis

20 vH und in den Entlassungen, die 10 vH der gewöhnlich beschäftigten Belegschaften ausmacht.“

Dieser Schätzung von Unternehmenseite möchte ich hinzufügen, daß die Zahl der in der pariser Umgebung beschäftigten Maschinenchlosser sich auf 150 000 beläuft. Es ergibt sich, daß im Umkreis von Paris 10 000 Maschinenchlosser vollständig arbeitslos und daß diesen 10 000 noch 5000 Spezialarbeiter der Metallindustrie hinzuzurechnen sind, so daß man zu einer Gesamtzahl von 15 000 arbeitslosen Metallarbeitern gelangt. Die Einschränkung der Arbeitszeit von 10 bis 20 vH ergibt eine 40 bis 45stündige Arbeitszeit die Woche. In der Provinz gehört Dôle zu den meist betroffenen Orten. Dort hat die Belegschaft für Heizapparate 800 Arbeiter, das ist die Hälfte der Belegschaft, entlassen. Die weiter beschäftigten Leute schaffen nur 40 Stunden. Dann wird in Rai-Aube, im Orne-Departement, in Clermont-Ferrand, Saumur, Vieux, Nantes, Nevin, Clairvaux, Laigle mehr oder weniger stark kurzgearbeitet.

Aus dieser Darlegung geht hervor, daß, wenn auch am Anfang Januar die Krise noch nicht einen so ernsten Charakter wie in Deutschland, England und andern Ländern angenommen hat, sie doch eine gewisse Ausdehnung erreicht hat. Einen genaueren Überblick über die Ausdehnung der Krise kann man übrigens erst Ende Januar bekommen, wenn die alljährliche stille Zeit zu Ende geht. Bis heute stehen die staatlichen Behörden der Krise gelassen gegenüber, während die Kreise der Industriellen sie ungünstig beurteilen.

Gegenüber dem zur Schau getragenen Optimismus der Behörden bedurfte es der ganzen Hartnäckigkeit des französischen Gewerkschaftsbundes, daß eine Reihe von Maßnahmen erdortet wurden, um für die Arbeiter die Krisenfolgen abzumildern. Es entspricht durchaus der Wahrheit, daß die Mitarbeit der Arbeitervertreter in den staatlichen Körperschaften, wie zum Beispiel dem Wirtschaftsrat und dem Arbeiterrat (Conseil de la Main d'oeuvre), es ermöglichte, die Untätigkeit der Regierung wirksam zu bekämpfen. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß es für das Land zweckmäßiger ist, wenn die für Arbeitslosen-

Die Betriebsrätewahlen

müssen vorbereitet werden

unterstützung aufgebracht Mittel zur Inangriffnahme von großzügigen Notstandsarbeiten aller Art Verwendung finden, hat der französische Gewerkschaftsbund verlangt, daß ein Programm für Notstandsarbeiten baldmöglichst aufgestellt werde. Dies ist inzwischen geschehen; jede Ministerialabteilung ist angewiesen, bei Verschlimmerung der Krise sofort Notstandsarbeiten im Umfang der ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel in Angriff zu nehmen und zu diesen die Beschäftigungslosen zu verwenden.

Zurzeit erfolgt die Beihilfe an Arbeitslose, die sich bei den Gemeindevorstehern melden, durch Darreichung von Unterstützungsgeldern. Da aber diese Unterstützungsbeträge ganz unzureichend sind, geht das ganze Bestreben der Gewerkschaften dahin, sie zu erhöhen. Die Gewerkschaften, die über Unterstützungskassen für Arbeitslose verfügen, tun ihrerseits ihr Möglichstes, um ihren arbeitslosen Mitgliedern zu helfen. Der Metallarbeiterverband bezahlte eine wöchentliche Beihilfe von 35 Franken. Was die staatlichen Unterstützungen anbelangt, so gebe ich nachstehend die Bestimmungen über die Verwendung des Nationalfonds für Ernährungsunterstützung.

Der Arbeitslose erhält die Unterstützung erst nach Ablauf einer bestimmten Zahl, aber nicht weniger als drei arbeitsloser Tage. Die Unterstützungsdauer darf die in der Verordnung festgesetzte Zeildauer nicht übersteigen und keinesfalls mehr als 120 Tage im Jahr betragen. Die Unterstützungssätze betragen für den arbeitslosen Haushaltungsvorstand 4,50 Fr. je Tag. Ferner jede mehr als 16 Jahre alte Arbeitslose, im Haushalt des Vaters, der Mutter, des Vormunds, des Großvaters, der Großmutter, des Onkels, der Tante lebende Person erhält 3 Fr. Die Frau des Arbeitslosen und jede unter 16 Jahre in der Familie des Arbeitslosen wohnende Person (die nicht arbeitet oder täglich weniger als 2 Fr. verdient) erhält 2 Fr. Jedes der Eltern des Haushaltungsvorstandes erhält 1,50 Fr. Der Gesamtbetrag der einer Haushaltung gewährten Unterstützung darf 12 Fr. den Tag nicht übersteigen.

Die geringen Unterstützungssätze, die von dem Nationalfonds für Arbeitslose gewährt werden, bewirken, daß eine große Anzahl Arbeitsloser darauf verzichtet. Dieses Verzichtens ist Schuld daran, daß die amtliche Darstellung ein ganz falsches Bild von der Ausdehnung der Arbeitslosigkeit gibt.

hierzu besondere Betriebe benötigt, die aber in ihrer Gesamtwirkung einen Endzweck, nämlich die vollkommene Fertigstellung des Werkstückes erzielen wollen.

Es lassen sich technisch alle Bewegungen mittels Getrieben durchführen, nur ist oft die Frage, ob der Wirkungsgrad der Getriebe eine wirtschaftliche Verzicht ist. Man darf nicht verkennen, daß jedes Getriebe, und sei es noch so gut durchdacht und noch so genau ausgeführt, Kraft verschlingt, daß sich dieser Kraftverlust mit dem Nachteil der Getriebezahl summiert und so die Wirtschaftlichkeit in Frage stellen kann. Selbst das einfachste Getriebe, die oben angeführte Welle, bedingt Kraftverlust, der durch Lagerreibung entsteht. Riemen und Seile bringen sogar verhältnismäßig hohen Kraftverlust, ebenso Zahnradgetriebe. Je mehr die Getriebe zusammengefaßt werden, um so höher ist der Kraftverlust. Aber trotzdem verwenden wir die zusammengefaßten Getriebe, weil sie es ermöglichen, eine Kraft und eine Bewegung so auszuwerten, wie sie für unsere besonderen Forderungen jeweils nötig sind.

Der Techniker kennt ein besonderes Gebiet seines Berufs: die Getriebelehre. Wenn wir uns in der Werkstatt einmal etwas näher die uns zugänglichen Getriebe ansehen, sei es außerhalb oder innerhalb der Werkzeugmaschinen, so kann uns das Anregung geben, auf neue Zusammenfügung von Getrieben zu denken, die uns die Arbeit erleichtern können, indem sie uns eine mechanische Bewegung, die wir bisher selbst ausführen mußten, abnehmen. Eine Maschine ist ja im Grunde genommen nichts anderes als die Zusammenfügung von Getrieben in einem Hauptgestell. Am letzten Getriebe befindet sich das Werkzeug und erhält durch die Zusammenfügung der verschiedenen Bewegungen seine Eigenbewegung, wie sie zum Zwecke der Arbeitsverrichtung nötig ist. Wenn wir von diesem Standpunkt aus uns die Maschinen ansehen, werden wir reichliche Anregung zum Nachdenken finden, die uns interessante Aufschlüsse von dem Zusammenwirken von Kraft und Bewegung gibt.

Nach den Ergebnissen der Untersuchungen der Unternehmer- und Arbeiterverbände kann man die Zahl der vollständig arbeitslosen für ganz Frankreich, gering geschätzt, auf 50 000 bemessen, dazu noch das Meer der kurzgearbeiteten. Dagegen gibt das Arbeitsministerium, dessen Angaben auf der Zahl der von dem nationalen Arbeitsloosfonds unterstützten Erwerbslosen lauten, 26 400 Arbeitslose für die erste Januarwoche und für ganz Frankreich an, wovon 20 826 allein aus die pariser Umgebung entfallen. Nach dieser Zahl wird amtlich die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit beurteilt!

Die fremden Arbeiter

Nach Beendigung des Krieges war der Zuzug der ausländischen Arbeiter in Frankreich sehr stark gewesen, so daß man im Juli 1926 die Zahl der ausländischen Arbeiter auf drei Millionen bemessen konnte. Da es keine Arbeitslosigkeit gab, stellte die Anwesenheit einer solchen Menge Fremder keine Schwierigkeit dar. Nun aber sehen sich die französischen Gewerkschaften verpflichtet, emerits die Arbeitskraft des eigenen Landes zu schützen und andererseits Solidarität gegenüber den ausländischen Kameraden zu üben. Da wir uns mit diesem Problem schon vor der Krise beschäftigt hatten, waren wir in der Lage, eine Lösung in Vorschlag zu bringen, die geeignet war, die uns obliegende doppelte Pflicht zu vereinen.

Wir verargenwärtigen uns, daß die ausländischen Arbeiter nicht zu ihrem Vergnügen nach Frankreich gekommen, sondern tag die einen einer elenden Lage, die andern der Terrorherrschaft entflohen sind. Wir sind daher Gegner einer Austreibungsaktion, die unsere ausländischen Kameraden gerade wieder in die Lage verlegt hätte, der sie entrinnen mußten. Da wir aber auch die ausländische Arbeitskraft nicht der französischen vorziehen dürfen, so müssen wir eine Politik verfolgen, die der Gesamtheit der Arbeiterklasse gerecht wird. So können denn nur durch Inangriffnahme großzügiger Notstandsarbeiten die Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstehen, gelöst werden. Nachdem die von den Gewerkschaften gemachten Anregungen angenommen worden waren, wurden den ausländischen Arbeitern gegenüber keinerlei Ausweisungsmassnahmen getroffen. Die einzige Maßnahme, die getroffen wurde, um den französischen Arbeitsmarkt nicht noch mehr zu überfüllen, besteht darin, daß fortan der Zuzug fremder Arbeitskräfte den Bedürfnissen der Industrie und der Landwirtschaft angepaßt wird. Insofern dieser Maßnahme wurden laut amtlicher Statistik im Dezember 1926 nur 666 ausländische Arbeiter gegenüber 8223 im selben Monat des Vorjahres zugelassen.

Trotz des gewiß nicht leicht zu nehmenden Standes des Beschäftigungsgrades ist es in Frankreich dank dem Eingreifen der Gewerkschaften zu keiner Feindseligkeit gegen die fremdländischen Arbeiter gekommen. Wir wollen hoffen, daß, was uns auch die Zukunft noch bringen mag, das französische Proletariat den Gefühlen der internationalen Arbeiterverbrüderung treu bleiben wird.

Gegen den Krieg mit China

Seit Jahren wird in Genf über die Völkerverfriedung gebübelt und geteilt. Aber trotz Völkerverbund und Friedensgerede haben wir Krieg im nahen Osten wie in Marokko gehabt. Und jetzt eifert sich England, also ein Mitglied des für die Befriedung der Welt geschaffenen Völkerverbundes, zum Kriege mit China. In der englischen Presse ist lautest Kriegsgeschrei zu hören. Tag für Tag werden in den englischen Häfen Soldaten mit Kanis, Torpedos und Granaten für China verladen. Ein Kreuzergeschwader ist auf dem Wege nach dem fernem Osten. Bei alledem ist der Rat des Völkerverbundes in Genf und brütet weiter über den Völkerverbund. Kurz, der Frieden genügt, daß es abermals zu einem Massenmord kommt. Freilich auch ersehnte Zeichen dagegen.

Die englische Regierung hatte geglaubt, die Völkerverträge für ein gemeinsames Vorgehen gegen das Reich der Mitte gewinnen zu können. Dies stellt sich jedoch immer mehr als eine falsche Rechnung heraus. Ja, wenn Wilhelm noch amtierte und das Land der Völkerverträge und frommen Sätze noch das große Kriegsschiff hätte, wäre dem englischen Glauben eher Erfüllung beschieden; denn dann hätten sich die deutschen Staatsweisen bestimmt abermals auf die prächtige Gelegenheit gefreut, der Welt zu zeigen, wie bereitwillig „the Germans to the front“ seien, um sich eine schmachvolle Blamage und blutige Hände zu holen. Die Verärgerung dieses Eifers wird aber gottlob durch das Fehlen des prächtigen Kriegsschiffes und seines Oberbefehlshabers unterbunden. So muß sich die englische Regierung nach andern Teilnehmern an der Menschenschlächtereien umsehen. Viel Glück hat sie indessen nicht. Frankreich lehnte freundlich ab. Japan verzichtet dankend und Nordamerika ist für eine Verständigung mit China, aber nicht für einen Krieg. So steht England allein, muß folglich selbst die Japaner aus dem chinesischen Feuer holen, wodurch die englische Nord- und Nordostküste merklich gefährdet wird. Noch nachdrücklicher aber wird die Lämpfung durch die Tatsache vollzogen, daß die Arbeiterklasse im Vereinigten Königreich wie in den britischen Kolonialstaaten sich dem Kriege widersetzt. In England selbst wird die Arbeiterklasse bedrohlich, von Australien wird berichtet, daß dort die Arbeiterklasse durch die Werbung, es sollen Truppen nach China gehen, sich zum Widerstand rüstet. Die Bewegung der (australischen) Arbeiter, schreibt die Londoner Daily News am 26. Januar, „hat einen Grad erreicht, die zu einer schweren Krise zu werden droht.“ Die Gewerkschaft der Seeleute im Staate Victoria hat beschlossen, kein Schiff zu laden und zu bemannen, das Soldaten und Nachzügler für Truppen nach China schafft. Die australische Arbeiterklasse wird sich rüchlichstlos jeder Maßnahme entgegenstellen, die Australien in einen Krieg verwickeln kann,“ erklärt der Gewerkschaftsführer Charlton. Die australische Flotte macht einen Ausflug nach Tasmanien. Von Kanada, wo die Gewerkschaften gleichfalls sehr einflußreich sind, kommt der englischen Regierung die Post: Keine Hilfe! Sogar in Indien hat schon die Möglichkeit der Teilnahme an dem Krieg eine Gärung entfacht, die mit jedem Tage wächst.

Das sind für die friedliebende Menschheit recht erfreuliche Zeichen. Die englische Regierung wird wohl oder übel ihren Kriegsplan aufgeben müssen, will sie nicht in ein Abenteuer von unabhäuflicher Tragweite eingelassen werden. Freilich darf die mehr oder weniger sichere Aussicht, das die englische Regierung unmissverständlich für die internationale Gewerkschaftsbewegung kein Grund sein, tatenlos beiseite zu stehen. Im Gegenteil, von Amsterdam sollte jetzt eine weltweite Bewegung gegen den Feldzug in China wie gegen den Krieg überhaupt ausgehen. Was die Arbeiter in England, Australien und Kanada betreffen, sollte von ihren Genossen in allen andern Ländern fortgeführt und verstärkt werden. Die Augen richten sich nach Amsterdam!

Zum Tode von Samuel Jaskai. Am 18. Januar ist im Alter von 65 Jahren der ungarische Genosse Samuel Jaskai gestorben. Den aus Ungarn eingelaufenen Nachrichten zufolge wurde Jaskai unter gewaltiger Beteiligung der Arbeiterklasse begraben. 60 Bergarbeiter hielten an seiner Bahre die Ehrenwache. Die ganze ungarische Arbeiterklasse weiß, daß sie ihren großen Führer verloren hat, und jede Organisation ist sich der Tatsache bewußt, daß es Jaskai war, der ihre Grundlagen legte. Die Verehrung, die dem Verstorbenen schon zu Lebzeiten in so hohem Maße gezollt wurde, wird sein Andenken auch nach seinem Tode lebendig erhalten.

Ein nachschärfenswertes Beispiel. Auf dem englischen Gewerkschaftslangreiß überreichte die Führerin der englischen sozialistischen Frauenbewegung Margaret Bondfield ein goldenes Ehrenzeichen an eine junge Arbeiterin, die innerhalb eines Jahres nicht weniger als 500 neue Mitglieder für den Eintritt in die Gewerkschaften gewonnen hat.

Was schenken wir den Jubilaren?

Je älter die Gewerkschaftsbewegung wird, um so mehr Mitglieder und Funktionärsjubilare stellen sich ein; denn der große Gedanke der Solidarität, der jungen Menschen ins Herz gepflanzt wurde und der sie zur Organisation, zum Verbandsleben führte, ließ sie nicht wieder los bis ins Mannesalter hinein, er blieb ihnen treu bis ins späte Alter. Es ist eine schöne Gesinnung in allen Verbänden, ihre Jubilare auf irgendeine Weise zu ehren. Gewöhnlich gibt man ihnen an ihrem Ehrentage eine mehr oder minder „schön“ ausgeführte Ehrenurkunde, manchmal daneben auch noch irgendwelche Geschenke, seien es Gegenstände mit Widmung oder sei es ein Geldgeschenk in geringer oder bedeutender Höhe. Wer dieses Gelegenheit hatte, an den damit verbundenen Feierlichkeiten teilzunehmen, wird bemerkt haben, welche Freude das jeweilige Geschenk auslöst. Ist genug ist es vorgekommen, daß die Ortsverwaltung freudiger erregt war als der Beschenkte.

Echtern will ganz besonders verstanden sein und erfordert eine besondere Einstellung auf das Innenleben des zu Beschenkten. Mit dem bloßen Schenken ist es nicht getan. Die sogenannte Ehrenurkunde, das Diplom, schaltet ich als „Geschenk“ vollständig aus, auch wenn es unter Glas und Rahmen gegeben wird, womit oft genug dem Empfänger ebenfalls nur Verlegenheit bereitet wird, weil er manchmal nicht weiß, wofür er das Ding, Wohnungsamt und Wohnungsmenge, der verdammte „Widerstreich“ aus allen Tagen führen leider zu solcher Verlegenheit. Ähnlich ist es naturgemäß auch mit den eigentlichen Geschenken. Man wird der Ausspruch vielleicht schon entziffert sein: Das verdammte Schenken! Erst weiß man nicht, was man schenken soll, dann „ist ein anderer derselben Gedanken, und später erhält man das Geschenk in einer andern Form zurück, aber ausgerechnet bekommt man gerade das, was man schon in mehreren „schönen“ Stücken hat oder was man gar nicht haben wollte oder gar — verabscheute.

Es läßt sich zum Beispiel sehr gut vorstellen, daß unter den 284 Jubilaren der Ortsverwaltung Berlin des DWA, denen zu Ehren gegen Ende des vergangenen Jahres im Saalbau Friedrichshain eine große Feier veranstaltet wurde, viele gewesen sind, die mit einem nahen und einem fahenden Auge die Erinnerungsgaben betrachteten; die mit Widmung versehene Streichholzboxe und die Tabakboxe. Wie nahe liegt hier die Frage: Dürften unter diesen 284 Gewerkschaftsgenossen nicht auch solche gewesen sein, die Nichtraucher sind, die vielleicht auch aus Gesundheitsrücksichten nicht rauchen dürfen? Und da erhebt sich dann wieder die Frage: Was soll man denn aber schenken? Gewiß, die Auswahl passender Geschenke, zumal bei einer so großen Anzahl von Jubilaren, ist äußerst schwer. Das individuelle Geschenk müßte hier vollständig ausgeschlossen sein. Der Ortsverwaltung ist also durchaus kein Vorwurf zu machen. Aber dies haben beispielsweise haben ihrer Mitglieder meistens mehr als sieben Ideen. Das ist sehr gut so. Vielleicht hat das eine oder andere Mitglied den gleichen Gedanken gehabt, den ich hier am Schluß andeuten möchte.

Wir haben in Deutschland die hervorragendste Bucherzeugung. Wie nahe liegt da für jeden Ehrentagenden der Gedanke, ein Buch zu schenken? Mit Recht wird man dem entgegenhalten können: „Ja, ist es denn sicher, daß der Beschenkte gern liest und sich über Bücher freut?“ Das wird allerdings zunächst nicht immer der Fall sein, aber nur zunächst; denn wer ein Buch geschenkt erhält, der sonst mit Büchern nicht viel zu tun hat, der sieht doch wohl gelegentlich hinein. Deshalb sollte ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum Beispiel nicht Neigung zeigen für das sehr lesenswerte Buch: „Eines Arbeiters Weltreise“ des gewiß nicht unbekanntem Schriftleiters der „Metallarbeiter-Zeitung“ Fritz Stummer? Zudem haben wir doch jetzt eine ganze Reihe auch anderer Arbeiterdichter, deren Werke sich ebenfalls zu Geschenkzwecken eignen. Wenn für den Jubilare die richtige Auswahl getroffen wurde, dann wird er gefesselt werden durch den Inhalt, vielleicht vorerst durch den Inhalt der Seite, die er zufällig aufgeschlagen hat; er sieht vielleicht weiter oder er fängt sogar das Buch von vorn an zu lesen, findet Gefallen am Lesen und wird so schließlich zum begeisterten Bücherliebhaber. Aber, wie gesagt, es kommt auf die Auswahl der Bücher an, die nicht immer sehr leicht ist bei der Masse von Büchern, die tagtäglich neu auf den Markt kommen. Ist es da nicht zu begrüßen, wenn durch berufene Männer diese Auswahl der guten Auswahl bereits geschieht, wenn Bedarf an Büchern entsteht? Solche Vorarbeit wird zum Beispiel in besonderem Maße geleistet bei den Büchern der Bücher- und Lesergilde Eutenberg, der Buchgemeinschaft, die sich die organisierten Buchdrucker-Verbindungen als gemeinnützige Unternehmen schenken. Man darf nun erwähnen die Verbandsbibliothek der Werke von J. A. London, deren Erzeugnisse so pädagogisch und lebensnah geschrieben sind, daß auch der argste Bücherfeind davon ergriffen wird. Nimmt man das Buch von H. Trause, Das Lesebuch für den Hand, so ist man bereits fasziniert über das Gewand des Buches. Der blaue Leinwand, auf dem ein schwebendes Schiff wie auf weiter Meeresschleife erscheint, reizt unwillkürlich dazu, in diesem Buche zu lesen. Aber auch der Inhalt ist geradezu hervorragend. Trauses Sprache ist so vollständig, einfach, wie man sie selten bei Schriftstellern findet. Auf der gleichen Linie bewegen sich alle die anderen zahlreichen Bücher, die von der Buchgemeinschaft Eutenberg (Berlin, Arnimstraße 5) herausgegeben wurden. Räumt man nun den Jubilaren mit einem solchen Bande zugleich eine Mitgliedskarte für ein Jahr übereichen (der Monatsbeitrag beträgt 1 A. Eintrittsgeld 75 A.), für die der Betrag bezahlt ist, dann hätte der Beschenkte noch dreimal die Freude und, wenn ein Jahr verstrichen ist, vier schöne Bände, die vielleicht der Grundstock zu einer eigenen Bibliothek werden, die ihm dauernd Freude bereitet.

A. G. Berlin

Forderungen der Walzwerksarbeiter

Die Delegierten des DWA für das Rheinisch-westfälische Industriegebiet hatten zu einer Konferenz der Walzwerke- und Abfallgebietsrat am 23. Januar 1927 nach Duisburg eingeladen. Die Konferenz war von allen Orten des Bezirks mit weitaus Vertretern besetzt. Zunächst sprach Herr Gewerkschaftsleiter Dr. Dieckhoff von der Forderung der Walzwerksarbeiter, die die Forderungen der Arbeiterverbände zu einem gut angelegten Vertrag zeichnete der Forderung der Verbände der Walzwerksarbeiter, durch neue Formen den Unfallschutz zu erleichtern und das Verhalten, Unfälle zu verhindern, zu einer Selbstbewegung zu machen. Unfälle zu verhindern, achtet zu verhindern, mußte Grundgesetz werden. Dabei sei es insbesondere Pflicht, sich der Unfallverhütung über ihrer Angehörigen anzunehmen. In allen Betrieben habe man geglaubt, der Unfallgefahr zu bannen durch Anweisungen von Unfallverhütungsgesetz, die nicht mit dem Satz: „Es ist verboten“ begnügen und die wegen ihrer geringen Wirkung von den Arbeitern gelassen oder gar nicht beachtet und verstoßen in Vergessenheit geraten. In welcher Zeit werden Arbeiter und Hilfen, in denen die Gefahrenquellen angezeigt werden, angewandt. Es müßte werden an Arbeitsstätten und in Betrieben angebracht, um jederzeit auf die Gefahr hinzuweisen. Es mag sein, daß mit den Bildern nicht immer das Richtige getroffen werden ist, doch ist man auf der Suche nach neuen Wegen. Der Redner wies auf die Wichtigkeit aller Kräfte, besonders der Arbeiterkräfte.

Die Forderungen werden bezüglich des Unfallverhütungsgesetzes. Er betonte, daß es durchaus erwünschenswert sei, daß sich die Forderungen der Walzwerksarbeiter ergreifen lassen, die Unfallverhütungsgesetz, aber was nicht alles das, wenn das Unfallverhütungsgesetz der Forderung des DWA entspricht. Die Arbeiterkräfte haben besonders in den Walzwerken einen besonderen Anspruch, der es den Arbeitern notwendig macht, die Forderungen zu machen. Es werden einige Fälle angeführt, wo eine Befreiung des Arbeiters erfolgt, weil er die Unfallverhütungsgesetz nicht beachtet hat und angewandt hat. Dinge können die viel zu lange Zeit. In recht vielen Fällen werden nach Überwinden verlangt, die infolge der Ermüdung die Unfallgefahr noch weiter steigern.

Es wurde besonders die Notwendigkeit des Verbandes und des DWA zur Berücksichtigung über die gesetzlichen Bestimmungen, die Unfallverhütungsgesetz, Organisation und Fortschritt. Solche Kräfte betonte, daß auf die Umsetzung des Gesetzes zur Befreiung der Arbeiter und die Befreiung der Arbeiter, die die Unfallverhütungsgesetz nicht beachtet werden mußte. Die gesetzlichen Bestimmungen zeigen deutlich, wie die Notwendigkeit des Verbandes

eingestellt ist. Das Arbeitsschutzgesetz liegt im Entwurf vor. Durch Einigung von Ausschüssen soll der 1. Novembertag festgelegt werden. Dieser Gesetzentwurf ist deshalb für die Arbeiter nicht annehmbar. Dazu die Tatsache, daß eine Reichsregierung weitere Verschlechterungen hineinzubringen versuchen würde. Die Organisation werde alles tun, um dieses abzuwehren. Kollege Dieckhoff behandelt an Hand von statistischen Erhebungen den Stand der Organisation, Unfall- und Präventionsregelung, Einhaltung der Pausen, Gewährung von Abfertigung usw. und betonte besonders, daß diese Fragen den Aufbau und eine gute Pflege der Walzwerksarbeiterverbände notwendig machen.

Eine recht lebhaftige Aussprache unterfütterte die Ausführungen der beiden Hauptredner. Mit der einstimmigen Annahme nachfolgender Entschlüsse schloß die Tagung ihr Ende:

Zur Arbeitszeit: Die Konferenz erwartet, daß das von den Gewerkschaften verlangte Rotgesetz bezüglich der Vermeidung von Überarbeit baldmöglichst durchgeführt wird und daß außerdem die Annahme des washingtoner Abkommens bezuglich der Wiedereinführung der dreigeteilten achtstündigen Schicht in aller Eile erfolgt. Bis zur endgültigen Durchführung dieser Maßnahmen fordert die Konferenz, daß alle Hütten- und Walzwerksarbeiter dem § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 unterstellt werden.

Zur Überstunden- und Lohnfrage: Durch die in fast allen Betrieben des Industriegebietes durchgeführte Rationalisierung ist eine ganz erhebliche Steigerung der Arbeitsleistung erreicht worden. Jedoch ist mit dieser Leistung meher der gegenwärtige Verdienst noch die Arbeitszeit in Einklang gebracht worden. Daneben werden von den Unternehmern noch Überstunden und Sonntagsarbeit verlangt in einem Ausmaß, das bisher kaum übertrieben wurde. Unfall- und Krankenzahlen steigen infolge der Überanstrengung. Zehntausende Hütten- und Walzwerksarbeiter bevölkern die Straßen, die Familien sind in bitterster Not.

Die Konferenzteilnehmer geloben, alles zu tun, um Überstunden, die nicht unbedingt zur Sicherung und Fortführung des Betriebes notwendig sind, zu vermeiden. Die Konferenz erwartet ferner, daß beim Ablauf des Lohnabkommens für die Arbeiter der Nordwestlichen Gruppe eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung eintritt. Die Stärkung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Sicherung dieser Forderungen ist Ehrensache eines jeden Kollegen.

Was kann ein schwerhöriges Kind lernen?

Von einem schwerhörigen Kollegen wird uns geschrieben: Jedes Jahr um Ostern herum fragen sich unzählige Eltern: Was soll unser Kind lernen? Die Schwierigkeit, eine richtige Antwort zu finden, ist noch größer bei den Eltern, die ein schwerhöriges Kind haben. Ich als Schwerhöriger will versuchen, diesen Eltern zu helfen. Vorweg sei betont, daß am ehesten ein Arzt mit der Berufsberatungsstelle beraten kann. Im weiteren sei gesagt, daß es nun keineswegs so schwer ist für ein schwerhöriges Kind einen Beruf zu finden, in dem es recht und schlecht sein Auskommen hat. Nach dem Auskunftsbuch für Schwerhörige von Max Eusef, München, gibt es verschiedene Berufe, die ein schwerhöriger Junge erlernen kann. Von der Metallbranche sind da aufgezählt: Feilenhauer, Glöckengießer, Goldschmied, Graveur, Guf- und Wagenschmied, Gelbgießer, Kupferhämmer, Schloßler, der Formereier ist da zwar nicht mitgezählt, doch auch in diesem können Leicht- oder Mittelschwerhörige vorwärts kommen. Ich selbst hochgradig schwerhörig, arbeite jetzt als Kennmacher, habe aber während der Kriegszeit und später als angelernter Hand- und Maschinenformer gearbeitet. Also, denke ich, es ist gar nicht so schwer, daß schwerhörige Jungen, wenn ihnen sonst weiter nichts fehlt, das Formergewerbe erlernen können. Sie müssen sich nur gleich während der Lehrzeit in ein bestimmtes Fach einarbeiten. Das Metallformen dünkt mich noch geeigneter als das Eisenformen.

Es sei mir erlaubt, noch einige andere Berufe außerhalb der Eisen- und Metallindustrie anzuführen, die sich auch für ganz schwerhörige Jungen eignen. So Anstreicher in Fabriken, Schreiner, Bäcker, Buchbinder, Galvaniseur, Glaschleifer, Kürschner, Sattler, Schneider, Schriftsetzer, Schriftführer, Schuhmacher, Wagner, Weber, Feinreiner und andere mehr. Es müssen ja nicht gerade die modernen Berufe sein. Man sollte die Jungen in Berufe tun, wo die Nachfrage nach Lehrlingen einigermaßen reger ist, beispielsweise in der Formerei. Diese Berufe ist nicht ganz so schlecht, wie sie Kollege R. R. (Was soll der Junge lernen? in Nr. 2 der MZ) geschildert hat.

Nun zu den schwerhörigen Mädchen. Für diese ist die Zahl der Berufe viel begrenzter. Ich will alle die aufzählen, die für Arbeiterinnen in Frage kommen. Es sind zu nennen: Korsettmacherin, Modistin, Plätterin, Putzmadchen, Weißnäherin, Spitzenklöpplerin, Nähmaschinenreparatur, Siederin und Wäscherin. Wie man sieht, sind es nicht viel Berufe, die schwerhörige Mädchen ergreifen können. Aber gerade diese Mädchen sollte man etwas lernen lassen, weil diese mehr als die anderen Mädchen eines Mittelschwerhörigen im Leben sehr bedürfen. Natürlich ist es auch schwerhörigen Jungen nicht leicht, ohne einen Beruf sich durchs Leben zu schlagen. Man lasse also, wenn es nur einigermaßen geht, seine schwerhörigen Kinder ein Handwerk erlernen. Nun noch etwas für die Normalhörenden. Beherrsch. Kollegen, wenn ihr mit Schwerhörigen zusammenarbeitet, daß diese Vertrauen zu euch setzen müssen, folglich ihr euch vorziehen müßt, es zu unterstützen. Es ist leicht, etwas, was man nicht will, abzulehnen, aber dann ist es sehr schwer, es wieder zu gewinnen. Auch sind die Schwerhörigen durchaus nicht geringminderwertig, manchmal sind sie sogar länger als Normalhörende, wenn sie sich auch nicht merken lassen. Auch sind sie sehr leicht bestimmbar, wenn ihr, wie das ja auch vorkommt, Spott mit ihnen treibt.

Nachuntersuchung und Krankengeldentzug

Zum § 192 RVO sind die Gründe, wegen denen die Krankenkassen ihren Mitgliedern das Krankengeld ganz oder zum Teil entziehen können, genau bezeichnet. Es heißt dort:

„Die Entzug kann Mitgliedern das Krankengeld ganz oder teilweise verweigern, wenn sie 1. die Rasse durch eine strafbare Handlung gefährdet haben, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, für die Dauer eines Jahres nach der Straftat; 2. sich eine Krankheit vorzupflichtig oder durch schuldhaftige Beteiligung bei Entgeltarbeiten oder Mannhändeln zugezogen haben, für die Dauer dieser Straftat.“

Diese Begründung der Gründe ist als eine erschöpfende anzusehen. Die Frage, ob das Krankengeld verweigert werden darf, wenn und solange ein Versicherter sich nicht wagt, sich auf Anfordern dem Verbandsrat der Rasse vorzustellen, ist darum zu verneinen, weil dieser Grund im oben angezogenen § 192 nicht genannt wird. Hieran wird auch dadurch nichts geändert, daß den Mitgliedern durch die Krankenkassen die Befolgung einer solchen Anordnung der Rasse zur Pflicht gemacht wird.

Eine Zuwiderhandlung gegen die Krankenkassen kann nur durch Befolgung gemäß § 192 RVO, nicht jedoch durch Entzug des Krankengeldes geahndet werden. Auf Grund des § 192 hat der Vorstand der Rasse das Recht, gegen einen Versicherten, der die Krankenkassen oder die Anordnungen des behandelnden Arztes übertreibt, Strafen bis zum Entzug des künftigen Krankengeldes für jeden Übertrittsverstoß festzusetzen. Dem Versicherten steht das Recht der Beschwerde beim Versicherungsamt zu, das endgültig entscheidet.

Die Krankenkassen können jedoch beim WA Zuwiderhandlung beantragen, um festzustellen, welche Befolgung dem versicherten Verhalten des Versicherten gesondert. Bezieht sich also ein Versicherter ohne einen billigerweise anzunehmenden Grund, sich der Nachuntersuchung durch den Versicherungsrat der Rasse zu unterziehen, so kann das zur Entschädigung angelegte WA im Wege seiner Beschwerdeabteilung leicht zu einem großen des Versicherten entscheiden. Es kann zur Abklärung seines Anspruchs, also zur Befolgung des Krankengeldes gelangen. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, einer Anfordern der Rasse zur Nachuntersuchung zu erscheinen, anzukommen. Es ist dem in der Nachuntersuchung für erworbene erkrankten Versicherten ja rubenommen, sich bei Nichterfassung der Arbeit, sofern er sie nicht ohne Schmerzen oder Beschwerden ausführen kann, erant krank zu melden. Auch Ärzte können sich ja irren.

Das einträglichste Gewerbe ist die Sufferzeugung, wie aus dem Mittelstand des Berliner Tageblatts hervorgeht. Danach hatten am

14 Brauereien	...	einen Durchschnittslohn von 216,8
20 Banken	...	199,2
10 Braunkohlengesellschaften	...	189,2
4 Steintoblenwerke	...	171,5
10 Wollstoffgesellschaften	...	170,9
13 Papier- und Zellstoffabriken	...	165,4
4 Kalibergwerke	...	163,6
11 Werke der chemischen Industrie	...	154,3
7 Seefischfanggesellschaften	...	147,5
20 Gesellschaften der Elektrotechnik	...	144,4

Den niedrigsten Kurs weisen die Waggonfabriken auf, die im Durchschnitt 89,2 notieren. Die Brauereien marschieren an der Spitze. Und gerade sie glauben, ohne eine Preissteigerung nicht mehr bestehen zu können.

Um das Recht der Antenne. Es bestehen bekanntlich Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Antenne auf einem Dach errichtet werden kann. Hierüber liegen Gerichtsentscheidungen vor, die dieses Recht bejahen. Schwieriger war die Sache, wenn jemand mit seiner Antenne öffentliche Grundstücke, beispielsweise eine Straße überqueren wollte. In der Regel wird von den Städten eine Überquerung der Straße durch die Antenne nicht gebuldet. Die Stadt Flensburg hatte im Gegensatz hierzu die Duldung ausgesprochen, wenn hierfür das Jahr eine Gebühr von 12 A. entrichtet wird. Ein Hundsführer verweigerte die Zahlung und ließ sich verurteilen. Die Klage wurde vom Amtsgericht Flensburg abgewiesen mit der Begründung, daß weder eine Gefahr für die Straßengänger, noch eine Verunreinigung des Straßensbildes vorliege. Zum Schluß heißt es in der Begründung: „Sinnvoll kommt, daß bei der Entscheidung nicht energig verzahren werden darf. Es handelt sich bei dem drohlichen Fernsprechturm um eine Einrichtung, deren weiterer Ausbau nur dann möglich ist, wenn ihr die nötige Freiheit zur Seite steht. Es muß daher der dem einzelnen Grundeigentümer zustehende Abwehranspruch aus § 905 Abs. 1 BGB im Interesse des wirtschaftlich wertvollen Verkehrsmittels möglichst zurückgehen.“ Ein ganz vernünftiges Urteil!

Schriftenschau

Das Kind, seine körperliche und geistige Pflege von der Geburt bis zur Reife. Mit 127 Abbildungen. Von Professor Dr. Philipp Diebert. Verlag Ferdinand Enke in Stuttgart. Gehet 17,50 A. Diese 176 Seiten starke Schrift erscheint in dritter Auflage, die von den Professoren W. Klein und J. Selter besorgt worden ist. In diesem Sammelwerk, an dem eine Reihe namhafter Fachleute mitgearbeitet haben, findet man die ganze Entwicklung des Kindes wie die ihm drohenden gesundheitlichen Gefahren ausführlich dargestellt. Dadurch wird das Buch zu einem vollkommenen Ratgeber für alle, die sich mit der Kindererziehung befassen, insonderheit natürlich für die Mütter. Das Buch ist geeignet, die Mutter zu unterrichten, ihr Sicherheit, Herz und Unterweisung in der Pflege ihrer Lieblinge zu geben. Der für das Arbeitereinkommen etwas hohe Preis des Buches wird es leider verhindern, daß es so zahlreich, wie es wünschenswert wäre, im proletarischen Heim Eingang findet. Immerhin aber sollten unsere Gewerkschaftsbüchereien trachten, dieses Werk anzuschaffen, damit es auf diese Weise dort segensreich wirken kann, wo es am nötigsten ist, nämlich in der Arbeiterfamilie.

Wie ermäßig man die Lohnsteuer? Von Paul Herr und Erich Rinner. 64 Seiten, 1927. Berlin S. 14, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Organisationspreis 65 A., von 10 Exemplaren ab 60 A., von 100 Exemplaren ab 50 A. (Organisationspreise kommen nur zur Anwendung bei Bezug durch die Ortsausschüsse des ADGB und des MA-Bundes, durch die Verwaltungsstellen der Organisationen oder direkt durch den Verlag.) Ladenpreis 1 A. — Bis zum 31. März 1927 müssen die Anträge auf Rückerstattung der Lohnsteuer eingereicht sein. Im Jahre 1926 wurden vier Millionen Anträge gestellt und 60 Millionen Mark Lohnsteuerbeträge zurückvergütet. Die Anzahl der Anträge kann bei der großen Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 auf das Doppelte, die Rückzahlung auf das Dreifache des Vorjahres gesteigert werden, wenn die notwendige Aufklärungsarbeit geleistet wird. Diese Aufklärungsarbeit wird die Broschüre unterstützen und sie sollte schon in Anbetracht ihres billigen Preises von den Verwaltungsstellen allen denen zugänglich gemacht werden, die Anträge zu stellen oder Antragsteller zu beraten haben. 180 Millionen Mark sind der Arbeiterschaft auf diese Art wieder zuzuführen. Sollte das nicht Ansporn sein, an der Aufklärungsarbeit mitzuwirken?

Die Arbeiterwelt. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik mit der Beilage Arbeiterbildung. Herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin. Preis vierteljährlich 1,50 A., Einzelheft 75 A. Verlag J. G. B. Dieckhoff, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Das Januarheft enthält neben seinem sonstigen gediegenen Inhalt einen beachtenswerten Artikel aus der Feder von Julius Braunthal über „Bürgerliche und sozialistische Wirtschaftstheorie“.

Die Arbeit. Von der Monatschrift des ADGB für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde liegt das 1. Heft von 1927 vor. Es enthält einen Aufsatz über Konjunkturprognosen von Dr. G. Vangeliste, Jakob Altmaier bringt einen Vortrag zur Gewerkschafts- und Presse und Dr. G. Berger behandelt die tagwichtige Ferngasversorgung. Außerdem noch einige andere Aufsätze mit einer Rundschau der Arbeit. Die Schrift ist durch die Post, den Buchhandel und unsere Verbandsstellen zu beziehen.

Über den Beruf eines Koches oder Kellners unterrichten zwei kleine Schriften, die der Verband der Hotelangestellten, Berlin N 24, Etappenstraße 66/68, III, herausgegeben hat und kostenlos zur Verfügung stellt.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S-A. 628 41, S-A. 628 42, S-A. 639 00

Mit Sonntag dem 6. Febr. in der 7. Wochenbeilage für die Zeit vom 6. bis 12. Februar 1927 (a. u.)

In letzter Zeit sind häufig Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet worden über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung hätten finden können. Weisens wir diesen Anfragen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß sich alle Mitglieder mit ihren Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung zu wenden haben. Nur wenn sich hierbei eine befriedigende Erledigung nicht erreichen läßt, ist die Angelegenheit entweder durch die Ortsverwaltung weitergeleitet oder von dem Mitglied selbst unter Befolgung eines Ausweises über die Mitgliedschaft dem Vorstand einzureichen.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressverzeichnis mit bezeichneten Aufenthaltsorten Reisegeleite erlangen. Das Entschließen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstätten durch die Reisenden hat zu unterbreiten.

Ein Rotularisches Recht auf Empfang von Kolalgeheimt besteht nicht. Die Auszahlung von Kolalgeheimt durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressverzeichnis bemerkt ist: „Kolalgeheimt wird nicht bezahlt“, ist das Auffuchen des Kassiers, wenn möglich, zu unterlassen.

Stuttgart, Röhrestraße 16.

Der Vorstandsvorsitz

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röhrestraße 16